Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)

HEINRICH MACHOWSKI

Für den RGW bringt das 40. Gründungsjahr (Gründungsdatum: 8. Januar 1949) keinen Grund zum Jubeln. Im Gegenteil: Der RGW steckt in einer tiefen Krise. Bedingt durch die Perestrojka und die Reformpolitiken, die in den meisten europäischen Mitgliedstaaten mit unterschiedlicher Intensität durchgeführt werden, stehen im RGW alle Ziele, Bereiche und Instrumente der überstaatlichen Zusammenarbeit zur Diskussion. Die Ergebnisse dieser nationalen Reformpolitiken sind ebenso ungewiß wie die zukünftige Entwicklung der RGW-Zusammenarbeit. Mehr noch: Bedingt durch die unterschiedlichen Zielsetzungen der nationalstaatlichen „Ordnungspolitiken" in der gesamten Region läuft im RGW gegenwärtig alles auseinander. Es gibt keine erkennbaren Kräfte, die auf einen stärkeren Zusammenhalt der osteuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft hinwirken würden.

Hierzu fehlt auch der entsprechende politische Wille. Wie insbesondere das Kommuniqué des Gipfeltreffens des Warschauer Paktes Anfang Juli 1989 in Bukarest zeigt, hat die sowjetische Führung die sog. Breschnew-Doktrin von der begrenzten Souveränität der kleineren RGW-Länder de facto aufgegeben. Darauf deutete bereits das folgende Zitat aus der gemeinsamen Presseerklärung anläßlich des Besuchs von Honecker in Moskau im September 1988 hin: Die DDR und die UdSSR „treten für wahrhaft demokratische, zivilisierte Beziehungen zwischen allen Staaten auf der Grundlage der vollen Gleichberechtigung und der Achtung der Entscheidung jedes Volkes über sein gesellschaftliches System ein"[1]. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und ihren osteuropäischen Partnern werden demzufolge in erster Linie von den nationalstaatlichen Interessen und nicht von einem übergeordneten politischen Gemeinschaftsinteresse geprägt. Konsequenterweise ist der Freiheitsraum der osteuropäischen Regierungen, das binnen- und außenwirtschaftlich Nötige zu tun, größer als je zuvor seit 1945, was zunächst die Reformer und die Konservativen gleichermaßen begünstigt. Anscheinend will die Mehrheit der Regierungen diesen Freiraum nutzen, um ihre wirtschaftlichen Beziehungen zum industriellen Westen, insbesondere zum politischen Westeuropa, zu intensivieren. Dies ist auch ein wichtiges Ziel der neuen sowjetischen Außenwirtschaftspolitik. Die EG ist in diesem Zusammenhang besonders gefordert, denn es vollzieht sich gegenwärtig nicht nur ein Prozeß der wirtschaftlichen Annäherung zwischen den RGW-Staaten und der EG, in Ungarn und in Polen wird darüber hinaus sogar über eine mögliche EG-Mitgliedschaft bereits öffentlich diskutiert[2].

Grundmerkmale der „sozialistischen ökonomischen Integration"[3]

Der RGW ist – im Gegensatz zur „supranationalen" EWG – völkerrechtlich ein traditioneller Zusammenschluß von Staaten. Dieser Zusammenschluß war von Anfang an durch das ökonomische und politische Übergewicht der UdSSR belastet. Eine Konstellation, die Integrationsfortschritte von vornherein wesentlich erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen mußte – und zwar unabhängig vom politischen Willen der jeweiligen sowjetischen Führung. Vor diesem Hintergrund verfügt der RGW über keinerlei Planungs- oder sonstige wirtschaftspolitische Vollmachten. Er besitzt lediglich Koordinierungsfunktionen. Wichtigstes Instrument dieser Art von Abstimmungspolitik ist die bilaterale Koordinierung der nationalstaatlichen Volkswirtschaftspläne. Als Ergebnis solcher bilateralen Koordinierungsrunden werden von den zuständigen RGW-Organen entsprechende Empfehlungen an die Regierungen der Mitgliedstaaten gerichtet. Diese Empfehlungen müssen einstimmig angenommen werden – die Einstimmigkeit der „interessierten" Staaten garantiert die nationalstaatliche Souveränität in der Gemeinschaft und ist der willensbildungspolitische Grundsatz der RGW-Verfassung.

In der bisherigen Praxis der Organisation beschränkte sich die genannte zweiseitige Plankoordinierung im wesentlichen auf den Güteraustausch zwischen den jeweiligen Länderpaaren. Der zweiseitige Austausch von Dienstleistungen, Kapital und technischem Wissen spielte dabei nur eine Randrolle. Mit anderen Worten: Die einzelnen RGW-Staaten sind bis heute grundsätzlich nicht bereit gewesen, ihre Struktur-, Investitions- und Technologiepolitik mit den anderen Partnerstaaten abzustimmen. Die seit Ende der 60er Jahre im politischen Osteuropa angestrebte „sozialistische ökonomische Integration" ist in Wahrheit eine zweiseitige handelspolitische Absprache geblieben. Die im Rahmen der „sozialistischen internationalen Arbeitsteilung" geforderte gemeinsame Industrieplanung der RGW-Staaten ist de facto in den Kinderschuhen steckengeblieben. Es fällt schwer, sich vorzustellen, daß Umfang und Struktur des Güteraustausches zwischen den RGW-Staaten wesentlich anders aussehen würden, gäbe es den RGW überhaupt nicht. Eine analoge Feststellung läßt sich über die EWG nicht treffen, weil sie die wirtschaftliche Landschaft Westeuropas zweifellos verändert hat. Wadim Medwedjew, inzwischen Vollmitglied des Politbüros der KPdSU, schrieb kürzlich: „Die Struktur der Arbeitsteilung im RGW ist im Vergleich zur EG eindeutig veraltet"[4].

Reformansätze von Gorbatschow

Hier setzen Kritik und Reformvorschläge Gorbatschows an, die inzwischen zu einer intensiven und kontroversen Diskussion in Osteuropa über die Verbesserung der RGW-Mechanismen geführt haben. Er hat in seiner Rede auf dem 27. Parteitag der KPdSU im Februar 1986 die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Realisierung dieses Programms genannt: „Nach unserer Ansicht sind Veränderungen auch in der Tätigkeit des Stabs der sozialistischen Integration – des Rates für Ge-

genseitige Wirtschaftshilfe – erforderlich. Die Hauptsache aber ist, daß man sich bei der Verwirklichung des Programms weniger aufs Administrieren, auf allerlei Komitees und Kommissionen verlegt und mehr Aufmerksamkeit den ökonomischen Hebeln, der Initiative, dem sozialistischen Unternehmergeist und der Einbeziehung der Arbeiterkollektive in diesen Prozeß schenkt"[5].

Auf der 42. Tagung des RGW (Bukarest, 3. bis 5. November 1986) sind die bestehenden Mängel der RGW-Zusammenarbeit erneut scharf kritisiert worden: Lieferfristen und -mengen würden nicht eingehalten, die technische Qualität der getauschten Produkte sei unzureichend, die sowjetischen Verrechnungspreise für Energie und Rohstoffe seien zu hoch, der Transfer-Rubel spiele nur eine passive Rolle, im RGW nähmen formale und bürokratische Elemente überhand. Diese allgemeine Unzufriedenheit dürfte ein Grund dafür gewesen sein, daß am 10. und 11. November 1986 ein sog. Arbeitstreffen der Parteichefs aller RGW-Staaten in Moskau stattfand. Auf diesem Arbeitstreffen erhielt Gorbatschow nicht nur die Zustimmung der übrigen Parteiführer für seine Reykjavík-Initiativen, sondern es wurde auch über die Zukunft der RGW-Integration diskutiert. Über Inhalt und Ergebnisse dieser Diskussion wurde freilich nichts veröffentlicht. Aus vereinzelten und inoffiziellen Informationen aus Warschau, Budapest und Ost-Berlin läßt sich nur spekulieren: Auf diesem Treffen hat es einen unüberbrückbaren Dissens zwischen Gorbatschow und Jaruzelski auf der einen und allen übrigen Teilnehmern, angeführt von Ceausescu und Honecker, auf der anderen Seite gegeben. Das Treffen ist ergebnislos beendet worden; es wurde lediglich eine Expertengruppe beauftragt, ein Reformprogramm für den RGW auszuarbeiten.

Honecker wertete dieses Moskauer Gipfeltreffen auf der Tagung des ZK der SED (20. bis 21. November 1986) als eine Beratung von „geradezu historischer fundamentaler Bedeutung" für die gemeinsame Zusammenarbeit. Diese Zusammenarbeit, so fügte er allerdings hinzu, erfolge „auf der Grundlage der Prinzipien der Gleichheit, Unabhängigkeit, Selbständigkeit und der Verantwortung gegenüber den eigenen Völkern"[6]. Dieses letzte Prinzip soll wohl die Wahrung der nationalen Interessen gegenüber dem sowjetischen Integrationsdruck sichern.

Gorbatschow erklärte indessen im Mai 1987 in Bukarest: „Im Ergebnis der auf dem Arbeitstreffen der führenden Repräsentanten der Bruderparteien im vergangenen Jahr erzielten Übereinkunft wurde Kurs auf die umfassende Intensivierung des Integrationsprozesses, die Umstellung der Zusammenarbeit auf hauptsächlich wirtschaftliche Methoden, der Herstellung direkter Produktionsbeziehungen und die Bildung gemeinsamer Betriebe und Wissenschafts-Produktions-Vereinigungen genommen. Es wurde für zweckmäßig gefunden, die Tätigkeit des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe ernsthaft zu verbessern"[7]. Auf der 19. Parteikonferenz der KPdSU stellte er schließlich fest: „Die Perspektive sehen wir im Übergang zum frei konvertierbaren Rubel, in der Herausbildung eines einheitlichen sozialistischen Marktes"[8].

Ungelöste Problemfelder

Hierbei dürfte es sich indes um eine Strategie des sehr langen Atems handeln. Das beweisen die Ergebnisse der 44. Ratstagung in Prag vom 5. bis 7. Juli 1988. Es wurde erstens „eine kollektive Konzeption der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung für die Jahre 1991 bis 2005" (im folgenden zitiert als „kollektive Konzeption") „gebilligt"[9]. Sie soll „Grundlage für die Abstimmung der Wirtschaftspolitik auf den mit der gegenseitigen Zusammenarbeit verbundenen Gebieten sowie – durch interessierte Länder – auch auf anderen Gebieten der sozialökonomischen Entwicklung sein". Diese „kollektive Konzeption" wurde bisher nicht veröffentlicht, sie soll sich auf die Zusammenarbeit auf folgenden Gebieten erstrecken: Maschinenbau und Elektronisierung; Baustoffe; Brennstoffe, Energie sowie material- und energiesparende Technik; Verkehr und Kommunikation; Nahrungsmittel und Konsumgüter; Dienstleistungen und nichtproduktiver Sektor[10]. Bis auf den letzten Bereich ist die „kollektive Konzeption" identisch mit den sog. „langfristigen Zielprogrammen", die 1978 und 1979 auf sowjetischen Druck im RGW aufgestellt worden sind und deren Scheitern jetzt zugegeben wird[11]. Entscheidend für die Beurteilung dieses Dokuments ist, daß es „etappenweise verwirklicht werden wird. Dabei wird die Dauer der Etappe durch den Charakter der Veränderungen in den nationalen Wirtschaften, vor allem durch den Verlauf der Reformen ihrer Wirtschaftsmechanismen . . . bestimmt werden"[12]. Im Klartext: Scheitern neue Lösungswege des Integrationsproblems an den bestehenden Wirtschaftssystemen, dann müssen diese unterbleiben. Dies dürfte ein wichtiges Hindernis für den Reformkurs darstellen.

Zweitens wurde auf dieser Tagung zwar eine Übereinkunft „über die schrittweise Herausbildung der Bedingungen für eine freie Bewegung von Waren, Leistungen und anderen Produktionsfaktoren (. . .) mit dem Ziel der Schaffung eines vereinigten Marktes" erzielt. Rumänien sei aber, so Ministerpräsident Dascalescu, mit der Schaffung eines einheitlichen Marktes zwischen den RGW-Mitgliedsländern nicht einverstanden und betrachte dieses Problem als nicht aktuell. Aus ungarischer Sicht entspricht die rumänische Position „der inneren Logik seines eindeutig auf dem Stalinschen Modell der Plandirektiven beruhenden Systems"[13]. Auch die Position der DDR ist sehr zurückhaltend: Ministerpräsident Stoph erklärte zwar, daß die DDR für die Bildung des gemeinsamen Marktes der RGW-Länder eintrete und sich aktiv an der erforderlichen Untersuchung über die Voraussetzungen und Bedingungen beteiligen werde. Gleichzeitig legte er aber besonderen Nachdruck auf Stabilität und Planmäßigkeit der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen[14]. Diese Haltung der DDR dürfte, wiederum aus ungarischer Sicht, auf „ihre spezifischen Kontakte zum anderen deutschen Staat" zurückzuführen sein, weil „im Ergebnis dieser Kontakte jene Züge der strategischen, politischen und ökonomischen Strukturen stabilisiert werden, die in konservative Richtung weisen"[15].

Letzteres Argument ist ein guter Beleg für den Neid, mit dem der innerdeutsche Wirtschaftsverkehr allenthalben in Osteuropa betrachtet wird. Die abwartende Position der DDR zur Modernisierung der RGW-Mechanismen läßt sich vielmehr sachlich begründen: Als technisch führendes Land der Gemeinschaft zählt sie nicht nur zu den Verlierern bei der überstaatlichen industriellen Zusammenarbeit, weil sie immer mehr hergeben mußte, als sie selbst erhielt. Sie müßte auch die höchsten wirtschaftlichen Kosten tragen, wenn die diskutierten neuen Wege der Kooperation in die Sackgasse führen sollten.

Offene Fragen

Vor diesem Hintergrund bleibt eine ganze Reihe von Fragen über die Weiterentwicklung des RGW offen. Sind die „kollektive Konzeption" und der „einheitliche sozialistische Markt" miteinander überhaupt vereinbar? Kann von beiden Konzepten ein politischer Impuls für eine Vertiefung der RGW-Zusammenarbeit erwartet werden? Wie soll der „einheitliche sozialistische Markt" eigentlich aussehen? In welchem zeitlichen Rahmen und mit welchen Einzelschritten soll dieser Markt verwirklicht werden? Kann es einen solchen internationalen Markt ohne funktionsfähige nationalstaatliche Binnenmärkte überhaupt geben? Können die RGW-Währungen frei austauschbar gemacht werden, bevor die einzelnen Volkswirtschaften in der Lage sind, „konvertible" Güter in ausreichender Menge anzubieten?

Dieser Fragenkatalog ließe sich beliebig verlängern. Wie immer die Antworten darauf ausfallen werden, eins steht fest: Eine Weiterentwicklung des RGW in Richtung auf einen „sozialistischen gemeinsamen Markt" ist ohne eine Satzungsänderung nicht möglich. Es kann keinen Zweifel darüber geben, daß für eine so grundlegende Revision der RGW-Statuten gegenwärtig keine Mehrheit besteht. Damit könnte sich für den RGW das Jahr 1962 wiederholen: Damals scheiterte Chruschtschow – am offenen Widerstand Rumäniens – mit dem Versuch, im RGW eine gemeinsame Planung einzurichten. Scheitert heute Gorbatschow – am offenen Widerstand Rumäniens und der DDR – mit seinem Vorhaben, im RGW einen gemeinsamen Markt einzuführen? Die Zukunft des RGW ist ungewiß.

Auf dem Wege zur gesamteuropäischen Freihandelszone?

Die neue sowjetische Außenwirtschaftspolitik und die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen in Osteuropa waren die wichtigsten Voraussetzungen für die Annäherung zwischen dem RGW bzw. den einzelnen RGW-Staaten und der EG. Die Regierungen der RGW-Mitgliedstaaten und das RGW-Sekretariat akzeptierten die Bedingungen der EG für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa. In erster Linie ging es dabei um das „Parallelkonzept" der EG, d. h. das gleichzeitige Bemühen um Beziehungen zu den einzelnen RGW-Staaten und dem RGW als Organisation. Am 25. Juni 1988 unterzeichneten Vertreter der EG und des RGW in Luxemburg die „Gemeinsame Erklärung", mit der offizielle Beziehungen aufgenommen worden sind. Mit dieser „Gemeinsamen Erklärung"

erkennt die RGW-Seite den Geltungsbereich des EWG-Vertrags an; allerdings haben die RGW-Staaten (ohne Rumänien) eine einseitige Erklärung abgegeben, wonach durch die „Gemeinsame Erklärung" das „Vierseitige Abkommen vom 3. September 1971" nicht berührt werde[16]. Ferner wird die zukünftige Kooperation zwischen beiden Gemeinschaften auf Bereiche festgelegt, auf denen beide Seiten Kompetenzen haben und die für beide Seiten interessant sind. Damit werden die unterschiedlichen Zuständigkeiten von beiden Gemeinschaften anerkannt. Diese Asymmetrie stellt eine grundsätzliche Schwierigkeit dar, konkrete Bereiche und Formen der EG-RGW-Zusammenarbeit zu vereinbaren. Dieser Findungsprozeß, dessen letzte Runde ohne Ergebnis im April 1989 in Moskau stattfand[17], wird durch die beschriebene Schwäche des RGW zusätzlich erschwert. Es gibt kein erkennbares politisches oder wirtschaftliches Interesse, daß die EG die Position des RGW als Gemeinschaft stärken sollte.

Parallel zu den Verhandlungen auf der Gemeinschaftsebene werden seit Mitte 1988 Gespräche zwischen der EG und den einzelnen europäischen RGW-Staaten geführt. Alle diese Staaten haben inzwischen (bis auf Rumänien) mit der EG diplomatische Beziehungen aufgenommen. Die EG hat im September 1988 ein umfassendes Handels- und Kooperationsabkommen mit Ungarn abgeschlossen. In dieser Vereinbarung verpflichtet sich die EG, in drei Schritten bis 1995 sämtliche mengenmäßigen Einfuhrquoten abzubauen. Ungarn sichert EG-Firmen bessere Geschäftsbedingungen zu. Beide Seiten wollen in Forschung, Verkehr und Umweltschutz zusammenarbeiten. Die EG-Kommission hat aber gleichzeitig erklärt, dieses Abkommen sei kein Modell für die Verträge mit den übrigen RGW-Staaten; Ungarn mit seiner Reformpolitik sei im RGW-Raum ein Ausnahmefall. Dies belegt der Handelsvertrag der EG mit der ČSSR, der im Dezember 1988 unterzeichnet wurde. Diese Einstellung ist für die Weiterentwicklung der gesamteuropäischen wirtschaftlichen Beziehungen kontraproduktiv und steht im Widerspruch zum Meistbegünstigungsprinzip, dem auch außerhalb des GATT Beachtung geschenkt werden sollte. Handelsverträge zwischen Ost und West sollten nicht eine Art von Belohnung für Reformen sein. Im Interesse der Sache und zur Vermeidung von Diskriminierung ist vielmehr ein rascher Abschluß ähnlicher Abkommen auch mit den anderen RGW-Ländern notwendig. Mit diesen Ländern führt die EG-Kommission gegenwärtig „exploratorische" Gespräche. Eine Ausnahme bildet Rumänien: Die Kommission erhielt bereits 1986 ein Verhandlungsmandat zum Abschluß eines Abkommens; die Verhandlungen, die bisher ohne Ergebnis geführt wurden, sind gegenwärtig wegen der innenpolitischen Entwicklung in Rumänien eingestellt.

Handels- und Kooperationsabkommen allein werden den Handel zwischen Ost- und Westeuropa nicht spürbar erhöhen. Nach Schätzungen wird der Abbau der bisherigen Einfuhrbeschränkungen zu ungarischen Mehrexporten von 25 Mio. US$[18] bis 300 Mio. US$[19] führen; dies entspricht 1 bzw. 6% der ungarischen Ausfuhr in die EG im Jahre 1988.

Eine Belebung der wirtschaftlichen Verflechtung zwischen Ost- und Westeuropa wäre dann zu erwarten, wenn die europäischen RGW-Staaten in die bestehende EG-EFTA-Freihandelszone einbezogen würden. Das Reziprozitätsproblem ließe sich beim entsprechenden politischen Willen lösen. Für eine gesamteuropäische Freihandelszone spricht: Die Öffnung der EG-Märkte für osteuropäische Waren ist mittel- und langfristig die beste Förderung der EG-Ausfuhr in die RGW-Region; die Öffnungspolitik der RGW-Länder in Richtung Westen könnte aktiv unterstützt werden; der Wirtschafts- und insbesondere der Technologieverkehr zwischen West- und Osteuropa wäre politisch weniger störanfällig; intensive bilaterale Beziehungen zu den einzelnen RGW-Staaten sind der sicherste Weg, um Sorgen gegenüber negativen Wirkungen des EG-Binnenmarktes 1992 zu verringern und so die Unabhängigkeit der einzelnen RGW-Länder in ihrer Westwirtschaftspolitik zu sichern.

Anmerkungen

1 Neues Deutschland vom 30. 9. 1988.

2 Vgl. z. B. Frackiewicz, Henryk: Selber schaffen wir es nicht – wir sollten über den Beitritt zur EWG nachdenken (Polnisch), in: Polityka 5 (1989), Beilage: Eksport – Import, S. 17 u. 19.

3 Vgl. Machowski, Heinrich: Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe: Ziele, Formen und Probleme der Zusammenarbeit, in: Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe. Strukturen und Probleme. Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 1987, S. 15–40.

4 Medwedjew, Wadim: Eine neue Etappe der sozialistischen Zusammenarbeit, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus 5 (1988), S. 604.

5 Neues Deutschland vom 26. 2. 1986.

6 Neues Deutschland vom 22./23. 11. 1986.

7 Neues Deutschland vom 27. 5. 1987.

8 Gorbatschow, Michail: Über den Verlauf der Verwirklichung der Beschlüsse des XXVII. Parteitages der KPdSU und über die Aufgaben zur Vertiefung der Umgestaltung, Moskau 1988, S. 22.

9 Neues Deutschland vom 8. 7. 1988.

10 Ligai, Konstantin und Boris Chaifez: Die kollektive Konzeption der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung, in: Außenhandel UdSSR 2 (1989), S. 5–9.

11 Vgl. RGW: Ökonomie anstelle von Emotion (Russisch), in: Literaturnaja Gazeta 6 (1989), S. 14.

12 Ligai/Chaifez, a.a.O., S. 9.

13 Gömöri, Endre: Realitäten, in: Budapester Rundschau vom 18. 7. 1987, S. 3.

14 „Die DDR hat auch für die Zukunft Interesse daran, den Außenhandel mit den RGW-Ländern zentral auf der Grundlage langfristiger Regierungsabkommen und Jahresprotokolle zu planen und ihn in Übereinstimmung mit den einschlägigen Preisbildungsprinzipien zu realisieren" (Neues Deutschland vom 18. 4. 1989).

15 Gömöri, Endre, a.a.O.

16 Vgl. Neues Deutschland vom 27. 6. 1988. Die Gemeinsame Erklärung ist abgedruckt als Dok. Nr. 1 in diesem Band.

17 Seitens des RGW wurden folgende Bereiche der Zusammenarbeit vorgeschlagen: Wissenschaft und Technik, Umweltschutz, Standardisierung, Transport, wirtschaftsprognostische Arbeit sowie Elektro- und Kernenergie (vgl. Neues Deutschland vom 28. 4. 1989).

18 Vgl. Hungaropress 16 (1988), S. 4.

19 Vgl. East-West vom 14. 7. 1988.

Weiterführende Literatur

Inotai, Andras: Economic relations between the CMEA and the EEC: Facts, trends, prospects, in: Acta Oeconomica 3–4 (1986), S. 307–327.

Levcik, Friedrich: Im RGW noch wenig Glasnost, in: Europäische Rundschau 4 (1988), S. 59–73.

Machowski, Heinrich: Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Seine Aufgaben und seine Bedeutung für die Mitgliedstaaten, Düsseldorf 1987, 38 S.

Maslen, John: The European Community's relations with the state-trading countries of Europe, in: Yearbook of European Law (1986), S. 335–356.

Meier, Christian: Neue Konzepte für die Wirtschaftsintegration im RGW? Politische und ökonomische Aspekte der 44. Ratstagung in Prag 1988. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 37 (1988), 46 S.

Schneider, Klaus: Einige Aspekte der künftigen Beziehungen der Europäischen Gemeinschaft zu Osteuropa, in: Jacobsen, Hanns-D., Heinrich Machowski und Dirk Sager (Hrsg.): Perspektiven für die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Baden-Baden 1988, S. 391–405.